

Recht & Steuern

Frankenstärke: Bürokratieabbau ist angesagt

Von Dr. Frank Marty, Leiter Finanz- und Steuerpolitik und Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse



Die Umverteilung sollte Thema dieser Kolumne sein – aus aktuellem Anlass ein Wort zur Frankenstärke.

Sie beschäftigt, naturgemäss, auch die Wirtschaftsverbände. Auf die Frage, was zur Entlastung der Firmen getan werden kann, sind als Antwort auch Steuersenkungen gefallen. Die Antwort ist nicht falsch, aber wohl abzuwägen.

Die Schweiz muss steuerlich attraktiv sein. Es ist weitem unbestritten, dass sie sich etwas anderes gar nicht leisten kann. Zur steuerlichen Attraktivität gehören massvolle Gewinnsteuersätze. In gewissen Kantonen sind sie noch zu hoch, weshalb hier früher oder später Anpassungen erfolgen müssen. Die Zielsetzung dabei ist entscheidend: Es sollte immer um die langfristige Ausrichtung des Schweizer Steuer- und Unternehmensstandorts gehen. Dann werden Steuersenkungen legitimierbar sein, und dann werden sie sich auch auszahlen. Drehungen an der Steuerschraube aus dem raschen Affekt heraus sind dagegen zu vermeiden. Allzu sehr besteht die Gefahr, dass die Steuern noch stärker als heute zum leichten Spielball der Politik werden. Heute runter und morgen dafür umso stärker rauf – steuerpolitisches Hüst und Hott führte rasch in Teufels Küche. «Gute» Firmen und Branchen würden bald tief besteuert, die, die es nicht besser

verdienen, erhielten Höchstbelastungen. Die Verstrickungen wären bald kaum zu entwirren. Das beste, unrühmliche Beispiel ist die Mehrwertsteuer. Für Begehrlichkeiten aller Art ist sie bekanntlich das erste Objekt. So auch anlässlich der Frankenstärke 2011, als man sie für einzelne Branchen kurzfristig aussetzen wollte. Als nicht berücksichtigte Branchen «ich auch!» riefen, brach man das Abenteuer rasch wieder ab – zu Recht.

Wer Firmen kostenmässig entlasten will, kann das bei der Bürokratie tun. Im Steuerbereich wiegt die genannte Mehrwertsteuer am schwersten. Die Politisierung dieser Steuer hat zu einem arabischen Gewirr von Steuersätzen und Ausnahmen geführt, das nach amtlichen Schätzungen die Firmen administrativ mit jährlich 1,8 Milliarden belastet. Nicht der ganze Betrag davon ist vermeidbar, das Sparpotenzial ist dennoch gross. Vereinfachungen werden seit Jahren diskutiert; vergeblich. Brot sei eben kein Lamborghini, heisst es. Und der Sport und manches andere überhaupt förderungswürdig. Warum jedoch der Eintritt ins Hallenbad Mehrwertsteuer kostet, aber nicht ins Fussballstadion; Dancings ausgenommen sind, aber nicht Buchmessen; Zahnimplantate ohne Steuer verkauft werden, Zahnspangen aber mit; und die korrekte Parkplatz-Abrechnung über sieben Instruktionseiten und elf Fallbeispiele abgehandelt werden muss, damit man es versteht – das kann politisch niemand sagen, die Antwort wäre aber einfach: neu aufsetzen das Ganze.

Die Mehrwertsteuer ist lange nicht das einzige Beispiel dafür, wie Firmen unnötig mit Kosten belastet werden und Einsparungen möglich wären, wäre nur alles etwas einfacher, vernünftiger und, ja, auch konsequenter durchgestaltet. Dem «Staat» allein dafür die Schuld zu geben, ist zu einfach. Dass die Verwaltungen über grosse Freiheiten und teilweise wenig Sinn für die Anforderungen und Möglichkeiten der Unternehmen verfügen, ist richtig. Am Ende ist es aber die Politik, die die Gesetze macht und damit auch die Regulatorien verantwortet. Und die Politik ist es auch, die die Gesetze, wenn nicht abschaffen, doch wenigstens so anpassen kann, dass sie für die Wirtschaft verträglich werden. Das wäre ein echter Beitrag zur Lösung der Frankenproblematik. Er ginge in seiner heilsamen Wirkung weit über sie hinaus.

frank.marty@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch